

JOACHIM WIEMEYER

## Zum Verhältnis von Dependenztheorie und Befreiungstheologie

Es ist ein besonderes Kennzeichen der lateinamerikanischen Theologie der Befreiung, daß in ihr den Sozialwissenschaften für die theologische Reflexion große Bedeutung zukommt. Dabei rücken die Sozialwissenschaften nicht nur an die traditionelle Stelle der Philosophie als Magd der Theologie. Vielmehr bilden die Sozialwissenschaften einen unverzichtbaren und integralen Bestandteil der Befreiungstheologie<sup>1</sup>.

Aus der »Option für die Armen« ergeben sich folgende Kernfragen, deren Beantwortung die Befreiungstheologen von den Sozialwissenschaften erhoffen: Warum sind die Mehrzahl der Lateinamerikaner materiell arm, und weshalb bleibt diese Armut trotz vielfältiger Bekämpfungsversuche (z. B. durch Entwicklungshilfe) offensichtlich dauerhaft bestehen? Wie kann die Armut wirkungsvoll beseitigt werden?

Bis Mitte der 60er Jahre dominierten in Lateinamerika Modernisierungstheorien nordamerikanischer Herkunft, in denen Armut als Folge eines Entwicklungsrückstandes angesehen wurde. Dieser könne durch eine wirtschaftliche und soziale Modernisierung in einem Nachholeffekt überwunden werden. Als aber bis Mitte der 60er Jahre die erwarteten Entwicklungserfolge nicht eingetreten waren und die Entwicklungshilfe in Lateinamerika nicht ähnliche Effekte wie der Marshall-Plan in Europa auslöste, entwickelten lateinamerikanische Sozialwissenschaftler eine neue Theorie zur Erklärung der Armut, die Dependencia (Abhängigkeits-)Theorie. Die Dependenztheorie sollte zum einen erklären, weshalb die Abstände zwischen dem Pro-Kopf-Einkommen von Industrie- und Entwicklungsländern immer größer wurden, zum anderen darlegen, weshalb in den Ländern Lateinamerikas selbst die Einkommensunterschiede zwischen den ärmsten Bevölkerungsgruppen und den wohlhabendsten Gruppen wuchsen.

---

<sup>1</sup> Vgl. *Clodovis Boff*, *Theologie und Praxis. Die erkenntnistheoretischen Grundlagen der Theologie der Befreiung*, München, Mainz 1983, 44 ff.

Die Dependenztheorie zeichnet sich dadurch aus, daß in ihr historische, ökonomische, soziale und politische Faktoren zur Erklärung der Armut herangezogen werden, wobei schon die Bezeichnung deutlich macht, daß der außenwirtschaftlichen Abhängigkeit ein zentraler Stellenwert zugeschrieben wird. Die Kernthese der Dependenztheorie wird von *Leonardo Boff* folgendermaßen formuliert: »Unterentwicklung und Entwicklung sind zwei Seiten einer Münze. Erstere ist Folge letzterer. Damit Entwicklung nach kapitalistischem Zuschnitt in den Ländern des Zentrums (Nordatlantik, Europa, Japan, USA) das Maß an Beschleunigung und Reichtum beibehalten kann, das sie erreicht hat, muß sie andere Länder in ihrer Abhängigkeitssphäre behalten, aus denen sie all das nehmen und entwenden kann, was die Länder des Zentrums für eben ihren Reichtum benötigen.«<sup>2</sup>

Diese Kernthese findet man nicht nur bei *Leonardo Boff*, sondern liegt der Argumentation praktisch aller Befreiungstheologen zugrunde<sup>3</sup>. Auch in die Dokumente der lateinamerikanischen Bischofskonferenzen von Medellín und Puebla sind Aussagen der Dependenztheorie eingeflossen<sup>4</sup>. Die Strukturen der Abhängigkeit nach der Dependenztheorie sind nun näher zu erläutern.

## I. URSACHEN DER ARMUT NACH DER DEPENDENZTHEORIE

Die Abhängigkeit der lateinamerikanischen Wirtschaften wird zunächst auf die koloniale Vergangenheit zurückgeführt<sup>5</sup>. Während der spanischen und portugiesischen Kolonialherrschaft wurden die Wirtschaft und direkt oder indirekt auch das gesamte kulturelle und soziale Leben einseitig auf die Interessen der Kolonialmächte ausgerichtet. Bedeutsam sind dabei vor allem die Ausplünderung von Bodenschätzen sowie der Aufbau einer

---

<sup>2</sup> *Leonardo Boff*, Die Anliegen der Befreiungstheologie, in: Theologische Berichte VIII, hrsg. von *Josef Pfammater* und *Franz Furger*, Zürich, Einsiedeln, Köln, 87.

<sup>3</sup> Vgl. *Gustavo Gutiérrez*, Theologie der Befreiung, München, Mainz 1980, besonders 77 ff.; *ders.*, Die historische Macht der Armen, München, Mainz 1984, 32 ff. und 51 ff.

<sup>4</sup> Vgl. Die Kirche Lateinamerikas. Dokumente der II. und III. Generalversammlung des Lateinamerikanischen Episkopats in Medellín und Puebla, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn o.J. [1985], 31 ff. und 162 ff. (= Stimmen der Weltkirche 8).

<sup>5</sup> Vgl. zur Position lateinamerikanischer Sozialwissenschaftler, auf die sich Befreiungstheologen explizit berufen, die Beiträge von *Theotonio dos Santos*, *Oswaldo Sunkeel*, *Celso Furtado*, in: Imperialismus und strukturelle Gewalt, hrsg. von *Dieter Senghaas*, Frankfurt a.M. 1972.

exportorientierten Landwirtschaft. Auch nach der politischen Loslösung von den Kolonialmächten um 1820 trat keine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung ein. Vielmehr gerieten die lateinamerikanischen Volkswirtschaften in die neue Abhängigkeit der im 19. Jahrhundert dominierenden Industrienation Großbritanniens. Später trat an Stelle des britischen Einflusses die Dominanz der USA. Die politische Souveränität lateinamerikanischer Staaten wurde de facto immer durch eine Dominanz übermächtiger Handelspartner eingeschränkt und zum Teil auch direkt durch militärische Interventionen mißachtet.

Die gegenwärtige ökonomische Situation ist nach der Dependenztheorie vor allem durch folgende Strukturen wirtschaftlicher Abhängigkeit geprägt:

- Den lateinamerikanischen Ländern als abhängige Peripherie der Weltwirtschaft ist von den dominierenden Zentren, den USA, Westeuropa und Japan, vor allem die Rolle des Lieferanten von Rohstoffen und Agrarerzeugnissen zugewiesen worden. Bei diesen Erzeugnissen verschlechtern sich aber langfristig die Austauschbedingungen (terms of trade) zu Lasten der Länder der Peripherie.
- In den letzten Jahrzehnten wurde diese Abhängigkeit von den Weltmärkten noch verstärkt durch Direktinvestitionen multinationaler Unternehmen in den lateinamerikanischen Ländern. Die Multis verlagern Produktionsstätten aus Industrie- in Entwicklungsländer, um dort – aufgrund niedriger Löhne und fehlender Umweltvorschriften – höhere Gewinne als in den Industrieländern erzielen zu können. Die anfangs bei der Investition in die Entwicklungsländer fließenden Kapitalbeträge werden schnell durch offene oder verdeckte Gewinnübertragungen aus den Entwicklungsländern rücktransferiert. Auf längere Frist entsteht ein Kapitalabfluß zu Lasten der Entwicklungsländer.
- Weiterhin befinden sich die Länder der Peripherie in einer technologischen Abhängigkeit von den Industrieländern. Da nur in den fortgeschrittenen Industrieländern eine autonome Entwicklung neuer Technologien stattfindet, haben die Industrieländer eine vorteilhafte Marktposition. Sie können Hochtechnologieprodukte zu überhöhten Preisen an die Entwicklungsländer veräußern, oder letztere müssen bei einer Eigenproduktion hohe Patent- und Lizenzgebühren entrichten.
- Durch westliche Medien (US-Fernsehserien) und Reklamefeldzüge multinationaler Unternehmen wird die Struktur der Konsumgüternachfrage in den Entwicklungsländern verzerrt. Die Konsumenten fragen aus Prestigedenken verstärkt ausländische Erzeugnisse nach, so

daß die Produzenten einheimischer Konsumgüter Absatzschwierigkeiten haben. Eine eigenständige Konsumgüterindustrie für den Binnenmarkt kann sich nur schwer entwickeln.

- Die bisher aufgeführten Faktoren führen zu einer Kapitalknappheit in Entwicklungsländern, so daß diese gezwungen sind, sich im Ausland zu verschulden. Dabei wird das Zinsrisiko einseitig auf die Schuldnerländer abgewälzt, so daß sie bei steigenden Zinsen bei der Zinszahlung und Schuldentilgung in Schwierigkeiten geraten. Bei einer Zuspitzung der Schuldsituation müssen sich die hochverschuldeten Länder den wirtschaftspolitischen Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) beugen.

Diese Faktoren erklären nach Auffassung der Dependenztheoretiker, weshalb sich der wirtschaftliche Abstand zwischen Industrie- und Entwicklungsländern nicht im Rahmen eines Aufholprozesses verringert, sondern vergrößert. Die einseitige Ausrichtung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen hindert die Entwicklungsländer an einem eigenständigen Wachstumsprozeß aus inländischer Kapitalbildung. Diese ist wegen der außenwirtschaftlichen Abhängigkeit zu gering.

Die Einkommensunterschiede in den Entwicklungsländern selbst vergrößern sich deshalb, weil die einheimische Elite mit den ausländischen Mächten zusammenarbeitet. Diese wird vom Ausland dafür entlohnt, daß sie dem Ausland eine Ausbeutung der inländischen Armen gestattet. Diese Kollaboration der einheimischen Elite erklärt, weshalb trotz seit über 150 Jahren politischer Unabhängigkeit Lateinamerikas die wirtschaftliche Abhängigkeit bestehen blieb.

## II. DER LÖSUNGSWEG DER DEPENDENZTHEORIE

Aufgrund der Dominanz der weltwirtschaftlichen Strukturen und der dadurch bestimmten Herrschaftsverhältnisse in den lateinamerikanischen Ländern kann nach Auffassung vieler Befreiungstheologen ein Weg des Reformismus, ein Weg schrittweiser Reformen, keine Lösung bringen. Entsprechende Versuche christdemokratischer Parteien in Lateinamerika, die Probleme auf der Basis der katholischen Soziallehre zu lösen, seien gescheitert. Der Soziallehre mangle es besonders an einer Analyse ökonomischer und sozialer Strukturen<sup>6</sup>. Entsprechend wird auch das Dokument von Puebla von Befreiungstheologen kritisiert, weil hier

<sup>6</sup> Vgl. *Gustavo Gutiérrez*, Die historische Macht der Armen, a. a. O., 150f.

wieder die Soziallehre der Kirche in Verbindung mit reformerischen Bestrebungen auftaucht<sup>7</sup>.

Nur grundlegende Strukturveränderungen, die die bestehenden Herrschaftsverhältnisse umwälzen, konkret der Sturz der einheimischen Elite, können zur Befreiung des armen Volkes führen. Nur dann kann mit dem System des Egoismus, der Gewinnsucht, der schrankenlosen Konkurrenz, der rücksichtslosen Anhäufung von Privateigentum gebrochen werden. Daher muß die neue Gesellschaftsstruktur ein Sozialismus sein<sup>8</sup>, der von den Ideen der Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit bestimmt wird und in dem kollektives Eigentum und eine wahrhafte Demokratie Basis des gesellschaftlichen Neuaufbaus darstellen.

Konkret wird für den ökonomischen Bereich zumindest eine rigorose Kontrolle multinationaler Unternehmen, besser noch eine Verstaatlichung gefordert. Weiterhin ist eine durchgreifende Landreform mit einer Enteignung des Großgrundbesitzes durchzuführen. Die Produktion ist zunächst auf die Bedürfnisse des Binnenmarktes auszurichten, so daß eine Umstrukturierung der exportorientierten Landwirtschaft erforderlich ist. Weiterhin muß ein Bruch mit dem internationalen Währungsfonds erfolgen. Die Zahlung der Schuldzinsen ist an den ökonomischen Möglichkeiten des einzelnen Landes auszurichten.

### III. PROBLEME DER DEPENDENZTHEORIE

Im Rahmen der Sozialwissenschaften stellen die verschiedenen Ansätze der Dependenztheorie nur einen Theoriestrang aus einer Vielzahl theoretischer Konzeptionen dar. Gegenüber anderen vorwiegend partialanalytischen Erklärungsansätzen hat diese Konzeption den Vorzug, daß hier historische, ökonomische, soziale und politische Faktoren zur Erklärung der Unterentwicklung herangezogen werden.

Dieser umfassende Ansatz weist aber zugleich den methodischen Nachteil auf, daß die Konzeption nur sehr schwer empirisch überprüft werden

<sup>7</sup> Vgl. *Enrique Dussel*, Puebla: Beziehungen zwischen christlicher Ethik und Wirtschaft, in: *Concilium* 16 (1980) 740–747, zitiert nach: *Ders.*, Herrschaft und Befreiung. Ansatz, Stationen und Themen einer lateinamerikanischen Theologie der Befreiung, Freiburg/Schweiz 1985, 176 f.

<sup>8</sup> Vgl. etwa *Juan Luis Segundo*, Die Option zwischen Kapitalismus und Sozialismus als theologische Crux, in: *Concilium* 10 (1974) 434–443; *Hugo Assmann*, Das Evangelium des Technologismus. Technologie und Macht aus der Sicht der Theologie der Befreiung, in: *Befreiungstheologie als Herausforderung*, hrsg. von *Horst Goldstein*, Düsseldorf 1981, 55 f.

kann. Weder wird Abhängigkeit präzise definiert, noch werden Mechanismen der Abhängigkeit exakt beschrieben. Oftmals hat man den Eindruck, daß Abhängigkeit und Unterentwicklung gleichgesetzt werden und Abhängigkeit nicht dazu dient, Unterentwicklung tatsächlich zu erklären<sup>9</sup>.

Neben solchen methodischen Einwänden ist die Dependenztheorie aber auch einer Fülle inhaltlicher Gegenargumente ausgesetzt. So wird etwa gefragt, wieso Portugal und Spanien heute zu den ärmsten Ländern Europas gehören, während Länder wie die Schweiz und Schweden, die nie Kolonien besessen haben, an der Spitze der Wohlstandsskala stehen. Kolonialismus kann gerade in Lateinamerika, das ja seit über 150 Jahren politisch unabhängig ist, keine Ursache von Unterentwicklung sein. Schließlich standen auch die USA, Kanada, Australien, Neuseeland zum Teil länger unter Kolonialherrschaft, sind – wie Kanada – eng mit einer großen Wirtschaftsmacht verflochten, trotzdem aber wohlhabende Länder.

Auch die spezifische Form der spanisch-portugiesischen Kolonialherrschaft kann nicht Ursache der Unterentwicklung sein, gehörten doch weite Teile der USA von Kalifornien bis Texas zum spanischen Kolonialreich. Dort entwickelte sich ein breiter Wohlstand, ein Rechtsstaat und eine stabile Demokratie. Selbst durch militärische Gewaltandrohung erzwungene Wirtschaftsbeziehungen – wie die gewaltsame Öffnung der japanischen Grenzen 1854 durch ein US-Marinegeschwader – lassen ein Land nicht in dauerhafte wirtschaftliche Abhängigkeit und Elend halten, sondern stehen der Entwicklung zu einer modernen Industrienation nicht entgegen.

Wieso der Reichtum der modernen Industrienationen wie der Deutschen »zum größten Teil nicht im eigenen Land entstanden ist, sondern außerhalb Deutschlands und mit Hilfe multinationaler Unternehmen«<sup>10</sup>, bleibt letztlich schleierhaft. Die großen sozialen Probleme der Entwicklungsländer bestehen doch gerade darin, daß ein großer Teil der Bevölkerung unterbeschäftigt und arbeitslos ist. Diese Bevölkerungsgruppen erzeugen keine Güter, die sich das Ausland aneignen könnte. *Oswald von Nell-Breuning* hat zutreffend darauf verwiesen, »daß unsere Arbeiter ihre

---

<sup>9</sup> Zur Kritik der Dependenztheorie: Vgl. *Hermann Sautter*, Unterentwicklung und Abhängigkeit als Ergebnisse außenwirtschaftlicher Verflechtung, in: *Lateinamerika. Historische Realität und Dependencia-Theorien*, hrsg. von *Hans-Jürgen Puhle*, Hamburg 1977, 61 ff.

<sup>10</sup> *Leonardo Boff*, Die soziale Sünde schreitet nach Befreiung, in: *Publik-Forum*, Nr. 14 vom 11. Juli 1980, 13.

Autos nicht den unterentwickelten Völkern abgenommen, sondern sie selbst gebaut haben»<sup>11</sup>. Wenn die multinationalen Unternehmen in Entwicklungsländern wirklich so risikolos hohe Gewinne erzielen könnten, die leicht in die Industrieländer zu transferieren sind, verwundert es doch, daß die deutschen Unternehmen 34,5 Mrd. DM in den USA, aber in Lateinamerika nur 12,6 Mrd. DM investiert haben, davon in Brasilien 7,3 Mrd. DM<sup>12</sup>. Die höheren Gewinne von multinationalen Unternehmen in Entwicklungsländern im Vergleich zu den Gewinnen in Industrieländern stellen angesichts der großen politischen und wirtschaftlichen Instabilitäten vor allem eine Risikoprämie dar. Wenn es nicht so wäre, müßte man erklären, weshalb die deutsche Wirtschaft insgesamt für 94,5 Mrd. DM Investitionen in Industrieländern, aber lediglich 16,9 Mrd. DM in Entwicklungsländern getätigt hat. Gegen die Dependenztheorie könnten noch eine Vielzahl weiterer Einwände, Zweifel und Gegenargumente vorgetragen werden. Damit wäre aber noch keine überzeugende alternative Erklärung für Armut und Unterentwicklung aufgezeigt. Wie die moderne ökonomische Theorie Armut und Unterentwicklung erklärt, soll im folgenden verdeutlicht werden.

#### IV. MODERNE ÖKONOMISCHE THEORIE UND UNTERENTWICKLUNG

Es ist ein Vorzug der Dependenztheorie gegenüber den früheren Modernisierungstheorien, daß die politischen Faktoren ausdrücklich miteinbezogen werden. Nachdem zeitweise in der Ökonomie der politische Bereich vernachlässigt wurde, stellt die Neue Politische Ökonomie die Analyse politischer Entscheidungsprozesse und Machtstrukturen in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung.

In der ökonomischen Theorie wird davon ausgegangen, daß Personen und Gruppen Einkommen auf zwei Arten und Weisen erzielen können, die aus gesamtwirtschaftlicher Sicht höchst unterschiedlich zu beurteilen sind: Erstens können Einkommen durch die Erbringung von Marktleistungen unter Konkurrenzbedingungen erzielt werden. Einkommen fließen nur dann zu, wenn die eigene Leistung im Vergleich zur Leistung anderer in freien Tauschprozessen auf Märkten vorgezogen wurde. Als unverzichtbares Signal der Bewertung von Leistungen und zur Information über die Knappheitsverhältnisse dient dabei der Preismechanismus.

<sup>11</sup> Oswald von Nell-Breuning, *Kapitalismus – kritisch betrachtet*, Freiburg i. Br. 1974, 90.

<sup>12</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, *Statistisches Jahrbuch 1985 für die Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart, Mainz 1985, 570.

Zweitens können Einkommen durch verschiedene Formen der Umverteilung zu Lasten anderer erzielt werden. Dieses kann zum einen dadurch geschehen, daß man sich dem Zwang, permanent unter Konkurrenz Leistungen für andere erbringen zu müssen, durch Monopolbildung oder Kartellgründung entzieht. Dazu werden Marktzutrittsbarrieren errichtet, um Konkurrenten abzuhalten. Dies kann entweder mit der Hilfe des Staates geschehen oder durch die Anwendung privater Machtmittel. Wettbewerbsbeschränkungen dienen dazu, höhere Einkommen zu erzielen, als sie der Leistung entsprechen. Umverteilungen können weiterhin über den Staat erfolgen, wenn dieser bestimmten Gruppen Subventionen gewährt, Steuervergünstigungen einräumt oder Steuerhinterziehung duldet, für Staatsaufträge überhöhte Preise gewährt usw.

#### V. VERTEILUNGSKOALITIONEN VERHINDERN WOHLSTAND

Um solche nichtleistungsgerechten Einkommen erzielen zu können, sind entweder private Beschränkungen des Wettbewerbs notwendig oder es muß auf den Staat (Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung) Einfluß genommen werden. Da in seltenen Fällen ein einzelner solche Vorteile allein erreichen kann, sind in der Regel Gruppenbildungen erforderlich<sup>13</sup>. Kleine Gruppen sind aber eher in der Lage, ihr Verhalten zu koordinieren, eine Organisation zu bilden und Einfluß zu nehmen. Je größer eine Gruppe ist, die durch den Zusammenschluß zu einer Koalition versuchen kann, ihre Verteilungsposition zu verbessern, desto schwieriger ist die Organisationsbildung. In großen Gruppen wird nämlich jeder potentielle Organisationsteilnehmer darauf setzen, daß schon andere die notwendigen Kosten der Organisationsgründung und der Einflußnahme auf sich nehmen. Da ein großer Teil potentieller Organisationsteilnehmer solche Trittbrettfahrer- oder Außenseiterüberlegungen anstellt, gibt es gerade bei allgemeinen Interessen keine Gruppenbildung. So gibt es praktisch in keinem Land Organisationen für allgemeine Konsumenteninteressen, keine Sparerorganisationen für Geldwertstabilität und keine Steuerzahlerorganisationen für sparsame Staatsausgaben und niedrige Steuern. Hingegen gibt es viele Organisationen, die zusätzliche Staatsausgaben und Steuerausnahmeregelungen für ihre Gruppe anstreben. Bei kleinen Gruppen ist es leicht möglich, alle potentiellen Organisationsteilnehmer (z. B. alle Unternehmer eines Wirtschaftszweiges) an einen

---

<sup>13</sup> Vgl. *Mancur Olson jr.*, Die Logik kollektiven Handelns, Tübingen 21985.



Tisch zu bekommen, gemeinsame Entscheidungen zu fällen und das Einhalten der Vereinbarungen zu kontrollieren. Wenigen großen Unternehmen auf einem Markt fällt es leicht, sich über Preise und Produktionsmengen zu einigen, eventuelle Außenseiter zu identifizieren und gegen sie Sanktionen zu verhängen.

Neben der Gruppengröße hängen die Einflußmöglichkeiten auch vom Drohpotential einer Gruppe ab. So ist das Drohpotential eines Streiks von Industriearbeitern zur Durchsetzung von Forderungen erheblich größer als das Potential eines Streiks von Studenten oder Hausfrauen.

Die durch Gruppengröße und Drohpotential bedingten unterschiedlichen Möglichkeiten zur Interessendurchsetzung bei politischen Entscheidungsprozessen führen nicht nur bei Diktaturen, wo z. B. aufgrund der Pressezensur viele Vorteilsgewährungen nicht ans Licht kommen, sondern auch in Demokratien de facto zu einer »Ungleichheit unter Wählern«<sup>14</sup>. Im Gegensatz zu marxistischen Vorstellungen, die solche Ungleichheiten auf den Dualismus von herrschenden und beherrschten Klassen reduzieren, kann aber der skizzierte Ansatz präzise benennen, welche Gruppen Möglichkeiten haben, Verteilungskoalitionen zu bilden und auf Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung Einfluß zu nehmen.

Verteilungskoalitionen sind also Zusammenschlüsse von Unternehmen, Selbständigen, Arbeitnehmern (Gewerkschaften) usw., mit dem Ziel, weniger Leistungen unter in- und ausländischer Konkurrenz erbringen zu müssen und ihre Einkommensposition durch Beschränkungen des Wettbewerbs oder die Einflußnahme auf politische Entscheidungsprozesse zu verbessern. In der Bundesrepublik Deutschland gehören zu den einflußreichsten Verteilungskoalitionen unter anderem die Landwirte, die Ärzte, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Während in Rechtsstaaten die Möglichkeiten zur Bildung von Verteilungskoalitionen (z. B. durch ein generelles Kartellverbot) beschränkt sind, besonders drastische Maßnahmen zur Durchsetzung der Interessen von Verteilungskoalitionen (z. B. die Ermordung von Konkurrenten) ausgeschlossen sind und durch freie Medien schlimme Praktiken von Verteilungskoalitionen aufgedeckt werden können, sind solche Schranken in nichtdemokratischen und nichtrechtsstaatlichen Entwicklungsländern nicht gegeben, mit entsprechenden gravierenden Konsequenzen für den allgemeinen Wohlstand und die

---

<sup>14</sup> Gerd Fleischmann, Ungleichheit unter Wählern. Zur ökonomischen Perspektive in der Soziologie, in: Hamburger Jahrbuch 12 (1967) 124–141.

Einkommensverteilung. Bevölkerungsgruppen, die trotz dringender kollektiver Interessen nicht in der Lage sind, sich zu organisieren und die über kein Drohpotential verfügen, sind »die vergessenen Gruppen – die schweigend leiden«<sup>15</sup>.

In den Entwicklungsländern gehört dazu vor allem die Masse der Landbevölkerung<sup>16</sup>. Schon die schlechte verkehrliche Infrastruktur und fehlende Kommunikationsmöglichkeiten verhindern die Bildung umfassender Interessenorganisationen der Landbevölkerung. Weiterhin sind qualifizierte Führer notwendig, denen es gelingen muß, das Vertrauen der Landbevölkerung zu gewinnen. Selbst wenn Organisationen gebildet sind, bleibt doch ihr Drohpotential gering. Häufig können erst gewaltsame Aktionen durch Guerillas den erforderlichen Druck ausüben. Allerdings sind dann häufig nicht die notwendigen Reformen, sondern Einsatz des Militärs die Reaktion der Regierung.

Im Gegensatz zu ländlichen Regionen ist in Städten, vor allem in der Hauptstadt, eine erfolgreiche Gründung von Verteilungskoalitionen zur Durchsetzung partikularer Interessen leicht möglich. Sowohl die räumliche Konzentration, gute Kommunikationsmöglichkeiten als auch ein wirksames Drohpotential ermöglichen hier die Interessendurchsetzung. Dies gilt in Entwicklungsländern auch für die hauptstädtische Industriearbeiterschaft. Noch wirksamer als die große Gruppe der Industriearbeiter können sich natürliche kleine Gruppen von Großgrundbesitzern, Großhändlern und einheimischen Industriellen zu Verteilungskoalitionen zusammenfinden. Zum gemeinsamen Interesse der hauptstädtischen Bevölkerung gehört in der Regel die Festsetzung eines überhöhten Wechselkurses der einheimischen Währung. Dadurch können Luxuskonsumgüter aus industrialisierten Staaten günstiger eingeführt werden. Weiterhin ist ein preisgünstiger Import der Kapitalgüter für die einheimische Industrie möglich. Auch der Umtauschkurs für Fluchtgeld zur Anlage in Industrieländern ist günstiger. Hingegen wird die einheimische Landwirtschaft zum einen durch zu billige Nahrungsmittelimporte aus dem Ausland geschädigt, zum anderen lohnt es für sie nicht, ihre Produktionsmöglichkeiten voll auszuschöpfen. Ein überhöhter Wechselkurs muß zwangsläufig – aufgrund des entstandenen Leistungsbilanzdefizits – zur Auslandsverschuldung führen. Wenn bei der Zuspitzung der Schuldsituation der internationale Währungsfonds eine Abwertung der überhöhten Währung von Entwicklungsländern erzwingt, kommt es zu

<sup>15</sup> Mancur Olson jr., Die Logik kollektiven Handelns, a. a. O., 160.

<sup>16</sup> Vgl. Erich Weede. Warum bleiben arme Leute arm?, In: Politische Vierteljahreszeitschrift 26 (1985) 270–286.

Protesten der hauptstädtischen Bevölkerung wegen der Preissteigerungen importierter Konsumgüter.

Solche Verteilungskoalitionen bestimmen nicht nur die Außenwirtschaftsbeziehungen von Entwicklungsländern, sondern sie regulieren auch die Binnenmärkte. Durch Preisabsprachen, Aufteilung regionaler Reviere usw. wird der Wettbewerb im Innern drastisch beschränkt. Häufig wird auch multinationalen Unternehmen eine Monopolposition eingeräumt, indem in einer Branche nur einem Unternehmen die Ansiedlung gestattet wird. Solche Verteilungskoalitionen und die von diesen ausgelösten Marktverzerrungen haben ganz erhebliche gesamtwirtschaftliche Folgen. Das Ausmaß von Verteilungskoalitionen und die Höhe der Wettbewerbsverzerrungen bestimmen maßgeblich den Wohlstand der Nationen. Dies gilt nicht nur für die Entwicklungsländer, sondern ist eindrucksvoll auch an der Wirtschaftsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg im Vergleich von Japan, der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien abzulesen. Während in Deutschland durch den Nationalsozialismus und die Nachkriegsmaßnahmen der Alliierten die alten Verteilungskoalitionen aufgelöst wurden, konnten sie in Großbritannien zu Lasten der allgemeinen Wohlfahrt ihre Tätigkeit nach Kriegsende fortsetzen<sup>17</sup>.

Die Wohlfahrt eines Landes wird durch Verteilungskoalitionen deshalb gemindert, weil

- die Bildung und Organisation von Verteilungskoalitionen zur Erreichung von Privilegien einen erheblichen Ressourceneinsatz bindet, einer produktiven Verwendung entzogen wird.
- die Erreichung einer geschützten Stellung einerseits den Leistungsdruck von den Privilegierten nimmt, andererseits auch den Gruppen, die schweigend leiden, die Möglichkeit nimmt, durch Eigenanstrengungen ihre Situation zu verbessern. Was außenstehenden Beobachtern in Entwicklungsländern als Apathie oder Fatalismus ärmster Bevölkerungskreise erscheint, ist leider häufig unter den dort gegebenen Bedingungen ein durchaus ökonomisch rationales Verhalten. Warum soll man sich anstrengen, wenn es sich doch nicht lohnt?
- Verteilungskoalitionen die Humankapitalbildung beschränken<sup>18</sup>.

<sup>17</sup> Dieses belegt *Mancur Olson jr.*, *Aufstieg und Niedergang von Nationen*, Tübingen 1985, eindrucksvoll.

<sup>18</sup> Die Bedeutung des Humankapitals für die wirtschaftliche Entwicklung hat besonders der Ökonomie-Nobelpreisträger von 1979, *Theodore W. Schultz*, herausgestellt. Vgl. seinen Vortrag anlässlich der Preisverleihung: *Ökonomik der Armut*, in: *Agrarwirtschaft* 29 (1980) 229–234. Umfassender legt *Schultz* seine Ideen in dem Buch »In Menschen investieren – die Ökonomik der Bevölkerungsqualität«, Tübingen 1986, dar.

## VI. DIE BEDEUTUNG DES HUMANKAPITALS

In einer offenen Gesellschaft werden Spitzenpositionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nach den Fähigkeiten der Bewerber und nicht aufgrund von Vererbung, Beziehungen usw. vergeben. Daher kommt für die soziale Position des einzelnen dem Erwerb allgemeiner und berufsbezogener Qualifikationen entscheidende Bedeutung zu. Es bestehen erhebliche Anreize für den einzelnen, sein Begabungspotential auszuschöpfen. Hochindustrialisierte Volkswirtschaften sind vor allem dadurch gekennzeichnet, daß das Begabungspotential der Bevölkerung weitgehend ausgeschöpft wird und die Kapitalbildung vor allem »in den Köpfen« der Menschen stattfindet. Weiterhin wird durch Forschungsanstrengungen ständig zusätzliches Humankapital geschaffen.

Der fehlende Wettbewerbsdruck in Entwicklungsländern ermöglicht es, die Führungspositionen nicht nach Leistung zu besetzen. Hinzu kommt, daß in hochindustrialisierten Ländern Forschung zur Produkt- und Produktverfahrensinnovation unverzichtbar ist, um Wettbewerbsvorsprünge zu erringen, hingegen lohnen sich solche risikoreichen Investitionen in den geschützten Märkten der Entwicklungsländer nicht. Wenn dann auch im Staatsapparat die Stellen nach Partei- oder Gruppenzugehörigkeit, aber nicht nach formalen Leistungskriterien vergeben werden oder notwendige Diplome auch durch Bestechung zu erhalten sind, rentiert sich eine qualifizierte Ausbildung kaum. Gerade für untere Bevölkerungsgruppen wird der »Aufstieg durch Bildung« zusätzlich durch Barrieren im Bildungswesen erschwert. Denn insbesondere für weiterführende Bildungseinrichtungen werden Gebühren erhoben, die soziale Zugangsbarrieren darstellen. Angesichts der geringen Bedeutung der Bildungseinrichtungen für das soziale Leben ist die Qualität der Bildungseinrichtungen sehr niedrig. Nur Angehörige der sozialen Oberschicht können sich eine qualifizierte Ausbildung durch ein Auslandsstudium sichern.

Angesichts dieser Strukturen erstaunt es wenig, daß lateinamerikanische Hochschulen allgemein ein niedriges Niveau aufweisen, obwohl sie zum Teil über 400 Jahre alt sind und als Töchter der führenden europäischen Hochschule des 16. Jahrhunderts, von Salamanca, gegründet worden sind. Bei der Bedeutung der kirchlichen Bildungseinrichtungen wird der Rückstand auch auf die katholische Aversion gegen die Moderne (Naturwissenschaften, Philosophie, Wirtschaftsliberalismus) zurückzuführen sein. Das II. Vatikanische Konzil bedauert zutreffend »gewisse Geistes-

haltungen, die einst auch unter Christen wegen eines unzulänglichen Verständnisses für die legitime Autonomie der Wissenschaft vorkamen«<sup>19</sup>.

## VII. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Befreiungstheologen ziehen einseitig eine äußerst umstrittene Richtung der Sozialwissenschaft zur Analyse der sozio-ökonomischen Situation Lateinamerikas heran, ohne genauer zu prüfen, ob es im Spektrum der Sozialwissenschaften nicht andere Theorien gibt, die besser die gegenwärtige Lage deuten und Lösungsmöglichkeiten aufzeigen können. Die einseitige Option für eine Richtung ist offensichtlich auch darauf zurückzuführen, daß es unter den bekannten Befreiungstheologen keinen ausgebildeten Nationalökonom gibt. Sonst würden bei der Option zwischen Kapitalismus und Sozialismus wohl ähnliche Schlüsse gezogen, wie dies in einem ausgezeichneten Werk eines spanischen Jesuiten<sup>20</sup> geschieht.

Entgegen der Dependenztheorie ist festzustellen, daß die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung kein Null-Summen-Spiel darstellt, indem die Gewinne des einen nur zu Lasten des anderen möglich sind. Vielmehr werden durch Außenhandel Wohlfahrtseffekte erzeugt, die beiden Tauschpartnern zufließen. Problematisch ist nicht der Außenhandel als solcher, sondern die interne Verteilung und Verwendung der Außenhandelsgewinne in den Entwicklungsländern selbst sowie die unzureichende Ausschöpfung möglicher Vorteile durch Außenhandel aufgrund der Macht von Verteilungskoalitionen.

Der Beitrag der Industrieländer müßte vor allem darin liegen, Verteilungskoalitionen in ihren eigenen Ländern zurückzudrängen, die versuchen, ihre ökonomische Position zu Lasten der Verbraucher in den Industrieländern und zu Lasten von Produzenten in Entwicklungsländern zu verbessern. Solche Verteilungskoalitionen findet man z. B. in der Landwirtschaft und in der Textilindustrie.

Diese Verteilungskoalitionen haben bei der EG-Kommission erreicht, daß gerade für Güter, bei deren Produktion Entwicklungsländer über Vorteile gegenüber Industrieländern verfügen, Importbeschränkungen

<sup>19</sup> II. Vatikanisches Konzil, Pastoralkonstitution *Gaudium et spes*, Nr. 36.

<sup>20</sup> Vgl. *Enrique M. Ureña*, Kapitalismus oder Sozialismus. Der Christ vor einer ökonomischen Alternative, München 1984; zur Dependenztheorie: Ebenda, 120ff. und 130ff.

durch Schutzzölle, Importkontingente sowie nichttarifäre Handelshemmnisse (Qualitätsnormen) verhängt wurden<sup>21</sup>. Zwar wird ein Teil der Schäden für die Entwicklungsländer durch Entwicklungshilfe wieder ausgeglichen, sozialetisch ist aber der Erwerb von Einkommen durch Eigenleistungen dem Empfang von fremder Hilfe vorzuziehen.

In den Entwicklungsländern kommt es vor allem darauf an, gerade für die ärmsten Bevölkerungskreise solche Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen es sich lohnt, auf dem Wege der Selbsthilfe durch Investitionen in Human- und Sachkapital die eigene Lage zu verbessern. Die Einführung rechtsstaatlicher Normen in Verbindung mit einer politischen Demokratie stellt eine Möglichkeit zur Beschränkung der Macht von Verteilungskoalitionen dar.

Ein Verfassungskonsens darüber, daß die Bildung bestimmter Verteilungskoalitionen (Zünfte) untersagt wird, die Möglichkeiten der Gruppenbildung beschränkt werden und Privilegien (Steuerfreiheit von Adel und Klerus) ausgeschlossen sind, bildet ja die Grundlage des modernen Verfassungsstaates. Ein solcher Verfassungskonsens zur Verhinderung wohlfahrtshemmender Verteilungskoalitionen ist Voraussetzung für die Besserstellung aller Bürger.

Die Organisation ärmerer Bevölkerungskreise durch die Kirche in Basisgemeinden und anderen Verbänden kann einerseits zur wirtschaftlichen und sozialen Selbsthilfe der Bevölkerung und zur wirtschaftlichen Gegenmachtbildung (z. B. durch Genossenschaften), andererseits auch auf der politischen Ebene zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen führen.

Die Bildung reiner Verteilungskoalitionen der ärmsten Bevölkerungsgruppen allein kann angesichts der niedrigen Pro-Kopf-Einkommen wenig nützen. Ohne daß möglichst große Teile der Bevölkerung produktive Arbeitsmöglichkeiten erhalten und ihnen ein wachsender Ertrag zufließt, wird eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen nicht zu erreichen sein. Eine marktwirtschaftliche Ordnung mit einem funktionsfähigen Wettbewerb liegt gerade auch im Interesse ärmster Bevölkerungsgruppen: »Nur die Wettbewerbsordnung macht im Rahmen der modernen industrialisierten Wirtschaft das Privateigentum auf Dauer erträglich. Aber das Privateigentum ist wiederum eine Vorausset-

---

<sup>21</sup> Vgl. dazu: *Werner Lachmann, Leben wir auf Kosten der Dritten Welt?*, Wuppertal 1986, 92.

zung für eine freie Staats- und Gesellschaftsordnung.«<sup>22</sup> Dies gilt auch für Entwicklungsländer.

Eine sozialistische Wirtschafts- und Sozialordnung einzuführen, könnte sich für die Mehrheit der Bevölkerung als ein sehr teuer und bitterer Umweg erweisen. Angesichts der wirtschaftlichen Erfolge von Chinesen in Hongkong und Taiwan hat die Volksrepublik China Ideen von *Marx* und *Engels* für überholt erklärt und marktwirtschaftliche Anreizmechanismen eingeführt.

---

<sup>22</sup> *Walter Eucken*, Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Bern, Tübingen 1952, 275.